

Der Murrthal-Bote.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Badnang.

Nr. 2.

Dienstag den 4. Januar 1876.

45. Jahrg.

Erstam Dienstag, Donnerstag und Samstag und kostet vierteljährlich frei ins Haus geliefert: in der Stadt Badnang 1 Mt. 20 Pf., im Oberamtsbezirk Badnang 1 Mt. 45 Pf., im sonstigen inländischen Bezirke 1 Mt. 65 Pf. — Die **Einrückungsgebühr** beträgt bei kleiner Schrift die einpaltige Zeile oder deren Raum: für Anzeigen vom Oberamtsbezirk Badnang und den benachbarten Bezirken 7 Pf., für Anzeigen von entfernteren Bezirken und für Anfrage-Anzeigen 10 Pf.

R. Oberamtsgericht Badnang. An die Orts-Vorsteher des Bezirks.

Dieselben werden andurch aufgefordert, die Ueberichten über die im abgelaufenen Jahre bei dem Ortsgericht angefallenen, erledigten und unerledigt gebliebenen Rechtsstreitigkeiten, mit Angabe der Erledigungsart, **spätestens bis zum 15. d. M.** einzusenden.

Oberamtsrichter
Clemens.

Abonnements-Einladung

auf den
Murrthal-Boten.
Am 1. Januar begann ein neues
Abonnement auf den Murrthal-Boten,
wofür wir uns erlauben, aufs freundlichste einzuladen.
Bestellungen bitten wir alsbald
zu erneuern, damit Störungen in der
Zusendung des neuen Quartals vermieden werden.

Achtungsvoll
Die Redaktion.

R. Kameralamt Badnang. Rustbäume-Verkauf.

Die vor dem Fruchtlastengebäude stehenden
8 Stück Rustbäume werden
Samstag den 8. Jan.,
Morgens 9 Uhr,
auf der Kameralamtskanzlei im öffentlichen
Ausschreib verkauft, wozu man Liebhaber einladet.

Badnang den 3. Januar 1875.
R. Kameralamt.
Mönnich, A.B.

Badnang. Gläubigeraufruf.

Auf den Tod des Hausführers Friedrich
Reyle dahier, früher in Oppenweiler, er-
geht an dessen Gläubiger die Aufforderung,
ihre Ansprüche binnen 15 Tagen schriftlich an-
zumelden, widrigenfalls sie bei dessen Ver-
lassenschaftstheilung unberücksichtigt bleiben
würden.

Den 31. Dez. 1875.
R. Gerichtsnotariat.
Reinmann.
Waisengericht.
Vorstand:
Schmüdle.

Badnang. Gläubigeraufruf.

Auf den Tod des Friedrich Schell, ge-
wesenen Briefträgers dahier, werden dessen
Gläubiger aufgefordert, ihre Ansprüche binnen
15 Tagen schriftlich anzumelden, widrigenfalls
sie bei dessen Verlassenschaftstheilung un-
berücksichtigt bleiben würden.

Den 31. Dez. 1875.
R. Gerichtsnotariat.
Reinmann.
Waisengericht.
Vorstand:
Schmüdle.

Badnang. Gläubigeraufruf.

Ansprüche an den Nachlaß des dahier ge-
storbenen Tagelöhners Johannes Schwarz
von Voggenhof sind binnen 10 Tagen schrift-
lich anzumelden.

Den 31. Dez. 1875.
R. Gerichtsnotariat.
Reinmann.
Waisengericht.
Vorstand:
Schmüdle.

Murrhardt. Fahrniß-Verkauf.

In der Gantfache des Emil Simon, Roth-
gerbers von hier wird die vorhandene Fahr-
niß an nachgenannten Tagen, je von Morgens
8 Uhr an, im öffentlichen Ausschreib zum Ver-
kauf gebracht und kommt insbesondere vor:

am Montag den 10. Januar,
der Vorrath an Gerberwaaren und derglei-
chen, worunter 1 größere Partie Pöck-
z. Felle, 1 Partie Savanähäute, 1 Par-
tie Sohl- und anderes Leder, Leimle-
der, Regenhaar, Fischtran, angemachte
Schmier, Unschlitt, ca. 9 Altr. eigene
und seltene Rinde, ca. 8000 Stück Loh-
käse, ferner ein vollständiger Gerberhand-
werkzeug, 1 Kuh, etwas Deynd, Dung zc.
am folgenden Tag (**Dienstag**):
Gold und Silber, einige Manns- und
Frauenkleider, Betten, Leinwand, Küchen-
geschirr, Schreinerwerk, worunter 1 Pfei-
lerkommode, 1 Sopha und 6 Koffereisen,
1 Bettmatt und 2 1/2 eimeriges Faß, aller-
lei Hausrath, 1 Ofen, 1 Kinder- und
1 Handwägel, 1 1/2 Eimer Obstmoß zc.
wofür die Liebhaber eingeladen werden.
Den 30. Dez. 1875.

R. Amtsnotariat.
Knobel.

Badnang. Aufforderung an die Steuerpflichtigen.

Die Staats- und Gemeinde-
steuerpflichtigen Einwohner wer-
den hiemit aufgefordert, ihre pro
2. Quartal 31. Dez. 1875 schul-
digen Steuern vom 3. Januar
1876 an bis zum 10. Jan. auf

2) wenn einer der Verlobten seinen gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb seines gegenwärtigen Wohnsitzes hat, auch in der Gemeinde seines jetzigen Aufenthaltes, und wenn er seinen Wohnsitz innerhalb der letzten 6 Monate gewechselt hat, auch in der Gemeinde seines früheren Wohnsitzes. Die Bekanntmachung ist während zweier Wochen an dem Rathhaus auszuhängen.

Das Aufgebot muß wiederholt werden, wenn seit dessen Vollziehung 6 Monate verstrichen sind, ohne daß die Ehe geschlossen worden. Eine Befreiung vom Aufgebot kann durch das königliche Oberamtsgericht ertheilt werden.

Bei beschleunigter lebensgefährlicher Krankheit kann der Standesbeamte die Eheschließung auch ohne Aufgebot vornehmen. Die Eheschließung erfolgt in Gegenwart von zwei großjährigen Zeugen, die mit denselben und untereinander verwandt oder verschwägert sein können, durch die an die Verlobten einzeln und nach einander gerichtete Frage des Standesbeamten, ob sie erklären, die Ehe mit einander eingehen zu wollen, durch die bejahende Antwort der Verlobten und den hierauf erfolgenden Ausspruch des Standesbeamten, daß er sie nunmehr kraft des Gesetzes für rechtmäßig verbundene Eheleute erkläre.

Ist eine Ehe aufgelöst, für ungültig oder für nichtig erklärt worden, so hat das Ehegericht zu veranlassen, daß die Ehe auf Grund einer Ausfertigung am Rande der Heirathsurkunde vermerkt werde.

4) Sterberegister.

Jeder Sterbefall ist spätestens am nächstfolgenden Wochentage dem Standesbeamten des Bezirks, in welchem der Tod erfolgt ist, mündlich anzuzeigen. Verpflichtet zu der Anzeige ist das Familienhaupt, und wenn ein solches nicht vorhanden oder an der Anzeige behindert ist, derjenige, in dessen Wohnung oder Behausung der Sterbefall sich ereignet hat.

Die Eintragung des Sterbefalles soll enthalten: 1) Vor- und Familiennamen, Stand oder Gewerbe und Wohnort des Anzeigenden; 2) Ort, Tag und Stunde des erfolgten Todes; 3) Vor- und Familiennamen, Religion, Alter, Stand oder Gewerbe, Wohnort und Geburtsort des Verstorbenen; 4) Vor- und Familiennamen seines Ehegatten, oder Vermerk, daß der Verstorbene ledig gewesen sei; 5) Vor- und Familiennamen, Stand oder Gewerbe und Wohnort der Eltern des Verstorbenen.

Ohne Genehmigung der Ortspolizeibehörde darf keine Beerdigung vor der Eintragung stattfinden.

5) Vorübergehende Bestimmung.

Auf Geburts- und Sterbefälle, welche vor dem 1. Januar 1876 sich ereignet haben, aber noch nicht eingetragen sind, findet das Gesetz mit der Maßgabe Anwendung, daß der Lauf der vorgeschriebenen Anzeigefristen mit dem 1. Januar 1876 beginnt. Dies gilt auch für den Fall, wenn nur die Vornamen eines Kindes an diesem Tage noch nicht eingetragen sind.

6) Strafbestimmungen.

Wer den im Gesetze vorgeschriebenen Anzeigepflichten nicht nachkommt, wird mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bestraft. Die Strafverfolgung tritt nicht ein, wenn die Anzeige, obwohl nicht von dem zunächst Verpflichteten, doch rechtzeitig gemacht worden ist.

Die Standesbeamten sind außerdem beauftragt, die zu Anzeigen oder zu sonstigen Handlungen auf Grund dieses Gesetzes verpflichteten Personen hierzu durch Strafen anzuhalten, welche jedoch für jeden einzelnen Fall den Betrag von 15 M. nicht übersteigen dürfen.

Oberamt Badnang. An die Orts-Vorsteher.

Dieselben werden unter Beziehung auf den Ministerialerlaß vom 18. d. M. Staatsanzeiger Nr. 301 angewiesen, nachstehende Bekanntmachung des Reichskanzlers und die Vollzugsverfügung des R. Ministeriums des Innern und der Finanzen in sämtlichen Gemeinden dreimal zu verkündigen, die letztmalige Bekanntmachung in der zweiten Hälfte des nächsten April vorzunehmen und bis 20. April den Vollzug anzuzeigen. Den 29. Dezember 1875.

Bekanntmachung, betreffend die Außerkurssetzung der Guldenstücke süddeutscher Währung, sowie die Einlösung der vom 1. Januar 1876 ab außer Kurs tretenden Scheidemünzen süddeutscher Währung.

Vom 10. Dezember 1875.

Auf Grund des Art. 8 des Reichsmünzgesetzes vom 9. Juli 1873 (Reichs-Gesetzbl. S. 233) hat der Bundesrath die nachfolgenden Bestimmungen getroffen:

§. 1. Vom 1. Januar 1876 ab gelten die Guldenstücke süddeutscher Währung nicht ferner als gesetzliches Zahlungsmittel. Es ist daher vom 1. Januar 1876 ab außer den mit der Einlösung beauftragten Kassen Niemand verpflichtet, diese Münzen in Zahlung zu nehmen.

§. 2. Die im Umlauf befindlichen Guldenstücke süddeutscher Währung, sowie folgende auf Grund des Art. 6 des Münzgesetzes vom 9. Juli 1873 in Folge der Einführung der Reichswährung vom 1. Januar 1876 ab außer Kurs tretende Scheidemünzen süddeutscher Währung nämlich: die Scheinreuzerstücke, die Dreikreuzerstücke, die Einkreuzerstücke und die Theilstücke des Kreuzers, mit alleiniger Ausnahme der bayerischen Heller, werden in den Monaten Januar, Februar, März und April 1876 von den durch die Landes-Centralbehörden zu bezeichnenden Kassen derjenigen Bundesstaaten, welche diese Münzen geprägt haben, oder in deren Gebiet dieselben gesetzliches Zahlungsmittel sind, zu ihrem gesetzlichen Werthe für Rechnung des deutschen Reichs sowohl in Zahlung genommen, als auch gegen Reichs- beziehungsweise Landesmünzen umgewechselt.

Nach dem 30. April 1876 werden derartige Münzen auch von diesen Kassen weder in Zahlung noch zur Umwechslung angenommen. §. 3. Die Verpflichtung zur Annahme und zum Umtausch (§. 2) findet auf durchlöcherter und anders als durch den gewöhnlichen Umtausch im Gewicht verringerte, ingleichen auf verfälschte Münzstücke keine Anwendung.

Berlin, den 10. Dezember 1875.

Der Reichskanzler.
v. Bismarck.

Verfügung der Ministerien des Innern und der Finanzen, betreffend die Außerkurssetzung der Guldenstücke süddeutscher Währung, sowie die Einlösung der vom 1. Januar 1876 ab außer Kurs tretenden Scheidemünzen süddeutscher Währung.

Unter Bezugnahme auf vorstehende im Reichsgesetzblatt Seite 315 erschienene, die Außerkurssetzung der süddeutschen Guldenstücke und Scheidemünzen betreffende Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 10. d. Mts. wird zur Nachachtung veröffentlicht, daß die in Württemberg etwa noch im Umlauf befindlichen derartigen Münzen unter der in §. 3 der Bekanntmachung bezeichneten Voraussetzung in der Zeit vom 1. Januar bis 30. April 1876 von sämtlichen Staatskassenstellen in Zahlung angenommen werden, mit der Einlösung derselben gegen Reichsmünzen in der angegebenen Zeit aber sämtliche Staatskassämter des Landes beauftragt worden sind.

Die Oberämter haben eine dreimalige Verkündigung der Bekanntmachung des Reichskanzlers und der gegenwärtigen Vollzugsverfügung in sämtlichen Gemeinden ihres Bezirkes anzuordnen. Die letztmalige Bekanntmachung hat in der zweiten Hälfte des nächsten April zu geschehen.

Stuttgart, den 18. Dezember 1875.

Sid. Renner.

Oberamt Badnang. An die R. Pfarrämter.

Dieselben werden unter Hinweisung auf den in der Nummer 220 des Amtsblatts des R. evang. Consistoriums enthaltenen Erlaß an die gemeinlich. Oberämter vom 20. Nov. 1871 und den Erlaß des R. statistisch-topographischen Bureau's vom 30. Juni 1871 und 18. Dez. 1873 erinnert, die Verzeichnisse der im Jahr 1875 vorgekommenen Eheschließungen, Geburts- und Sterbefälle bis zum 15. Febr. 1875 an das Oberamt einzuliefern.

Der Bedarf an Formularen wolle in Zeitkürze hierher angezeigt werden.
Badnang den 29. Dez. 1875.

R. Oberamt.
Drescher.

Dem Rathhaus zu entrichten.
Den 31. Dez. 1875.
Stadtschultheißenamt.
Schmüdle.

Badnang. Verkauf einer Lebens- versicherungspolice.

Aus der Gantmasse des Rothgerbers Chri-
stian Ludwig Breuninger wird eine Le-
bensversicherungspolice Nr. 20,444 vom 5.
März 1873 über 4200 fl. S. W., worauf 3
Einzahlungen mit je 130 fl. 54 kr., zusammen
392 fl. 42 kr. gegeben sind und die nächste
Prämie auf 5. März 1876 fällig wird, am
Montag den 10. Jan. 1876,
Vormittags 11 Uhr,

auf dem Geschäftszimmer des R. Gerichtsno-
tariats im Rathhaus im öffentlichen Ausschreib
zum Verkauf gebracht. Gantgerichtliche Ge-
nehmigung bleibt vorbehalten.
Den 30. Dezember 1875.

Der Güterpfleger:
Jm Breuninger.

Reichenbach. Güter-Verkauf.

Wegen Abzug verkauft Unterzeichneter seine
auf den Markungen **Reichenbach, Reichen-
berg, Nischelbach, Badnang** gelegenen
Grundstücke, welche sich im besten baulichen
Zustande befinden. Käufe können täglich ab-
geschlossen werden.

Chr. Pfizenmaier.

Chocoladen
der Kaiserl. Königl.
Hof-Chocoladen-Fabrik
Gebrüder Stollwerck in Köln,
wegen vorzügl. Qualität allgemein bevorzugt,
befinden sich auf Lager in Badnang
in der Oberen Apotheke v. Rob. Eisenberg.

Oppenweiler.

Geld-Antrag

150 Mark Pflanzgeld ist gegen
gesetzliche Sicherheit zum Ausleihen parat bei
Georg Braun.

